

Teil 1

Gesetzeskommentierungen

Bundesgesetz vom 11. Oktober 1978 über die Sozialversicherung der in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen (Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz – GSVG)

BGBI 1978/560 idF BGBI I 2023/189

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

ABSCHNITT I

Geltungsbereich

§ 1. Dieses Bundesgesetz regelt die Kranken- und die Pensionsversicherung der im Inland in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen, der sonstigen im Inland selbständig erwerbstätigen Personen, soweit sie nicht auf Grund dieser Erwerbstätigkeit nach einem anderen Bundesgesetz pflichtversichert sind sowie die Krankenversicherung der Bezieher einer Pension (Übergangspension) aus der Pensionsversicherung nach diesem Bundesgesetz.

IdF BGBI I 1997/139.

Übersicht

	Rz
I. Allgemeines	1
II. Entstehungsgeschichte	3
III. Erwerbstätige nach dem GSVG	5
IV. Territorialitätsprinzip	6
V. Vergleich mit der Rechtslage nach dem BSVG	7

I. Allgemeines

§ 1 GSVG regelt den **Geltungsbereich** des GSVG.¹ Dabei sind im GSVG – obwohl die SVS ein Allspartenträger ist und damit für KV, UV und PV zuständig ist – ausschließlich die Versicherungszweige **KV** und **PV** geregelt. Der Versicherungszweig UV fällt erst seit 1. 1. 2020 in die Zuständigkeit der SVS. In § 3 SVSG wird geregelt, dass die SVS für das ganze Bundesge-

¹ Für umfangreiche Verzeichnisse zu weiterführender Literatur s *Auer-Mayer* in *Neumann*, GSVG für Steuerberater³ § 1 GSVG; *Rosenmayr-Khoshideh* in *Sonntag*, GSVG/SVSG¹² § 1 GSVG.

biet Träger der KV und PV nach dem GSVG, der KV, UV und PV nach dem BSVG und dem FSVG sowie der UV nach § 28 Z 2 ASVG ist.

- 2 Die Regelung bezieht sich auf selbständig Erwerbstätige (s Rz 4) sowie Pensionisten nach dem GSVG.

II. Entstehungsgeschichte

- 3 Der Geltungsbereich ist eine Schlüsselbestimmung der Stammfassung (BGBl 1978/560). Nach den Erläuterungen waren „bessere Übersichtlichkeit und einfachere Handhabung der in Betracht kommenden Gesetzesbestimmungen“² Ziele des GSVG. Die eher kurz gefassten Erläuterungen verweisen auf die Vorläuferbestimmungen des § 1 Abs 1 GSKVG sowie des § 1 Abs 1 GSPVG einerseits und auf die Parallelbestimmung des § 1 ASVG andererseits. Bis zur Schaffung des GSVG gab es somit keine einheitliche Rechtsgrundlage. Mehrfache Novellierungen der Vorläuferbestimmungen führten zu einer Zerklüftung (Regelungen unter anderem in GSPVG, GSKVG, GSKVG 1971 sowie auch Unterstützungen durch den Handelskammer-Altersunterstützungsfonds). Im Rahmen des ASVG war und ist die Schaffung einer Regelung für Selbständige nicht sinnvoll. Dies ergibt sich daraus, dass (dem berufsständischen Prinzip folgend) eine durchgängig einheitliche Regelung betreffend AN und Selbständige aufgrund des unterschiedlichen Bedarfs nicht möglich ist (zB im Fall der Arbeitsunfähigkeit oder bei lang andauernder Krankheit). Dem Grundsatz der Selbstverwaltung folgend ist das berufsständische Prinzip als Dreh- und Angelpunkt zu realisieren, so dass jedenfalls eine Sonderregelung für Selbständige („Sondergesetz“) die einzig sinnvolle Umsetzungsform war und ist. So wurden für Selbständige das GSVG, FSVG und BSVG geschaffen.
- 4 Mit dem **ASRÄG 1997** erfolgte die bisher einzige Novellierung von § 1 GSVG. Es wurden mit der Kernbestimmung des § 2 Abs 1 Z 4 GSVG grds alle Erwerbseinkommen in die SV einbezogen. Ab 1. 1. 1998 erfolgte – nach den Erläuterungen – lediglich eine Adaptierung³ dahingehend, dass die Subsidiarität in das GSVG eingeführt wurde („soweit sie nicht auf Grund dieser Erwerbstätigkeit nach einem anderen Bundesgesetz pflichtversichert sind“). De facto stellte diese Änderung jedoch eine erhebliche und tiefgreifende Änderung dar, weil sich seither der Geltungsbereich auf **neue Erwerbstätigengruppen** in das GSVG erstreckt.

III. Erwerbstätige nach dem GSVG

- 5 Die Geltung des GSVG erstreckt sich einerseits – entsprechend der Stammfassung – auf „in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätige“, andererseits – seit dem ASRÄG 1997 – auf „sonstige selbständig erwerbstätige Personen, soweit sie nicht auf Grund dieser Erwerbstätigkeit nach einem anderen Bundesgesetz pflichtversichert sind“. Diese zweitgenannte Gruppe nach § 2 Abs 1 Z 4 GSVG wird auch als Gruppe der **Neuen Selbständigen** bezeichnet. Dieser Ausdruck bezieht sich auf die Einbeziehung bis zu diesem Zeitpunkt nicht versicherter Personen (zB Personen, die für die Ausübung ihrer selbständigen Tätigkeit keinen Gewerbeschein benötigen, aber auch Schwarzarbeiter [das sind in diesem Zusammenhang Personen, die über den für die konkrete Tätigkeit notwendigen Gewerbeschein nicht verfügen und dessen ungeachtet diese Tätigkeit dennoch ausüben], Personen, die sexuelle Dienstleistungen erbringen etc). Näher zu den einzelnen Versichertengruppen s § 2 GSVG.

2 ErläutRV 865 BlgNR 14. GP 71.

3 ErläutRV 886 BlgNR 20. GP 110.

IV. Territorialitätsprinzip

Hervorzuheben ist, dass nicht jegliche selbständige Erwerbstätigkeit vom GSVG erfasst ist, sondern dass das Kriterium der Tätigkeit im **Inland** dafür ausschlaggebend ist, ob das GSVG zur Anwendung kommt. Voraussetzung ist die Ausübung einer gewerblichen oder sonstigen selbständigen Erwerbstätigkeit im Gebiet der Republik Österreich. **6**

V. Vergleich mit der Rechtslage nach dem BSVG

In § 1 BSVG findet sich eine vergleichbare Regelung zu § 1 GSVG. Anders als das GSVG umfasst der Geltungsbereich des BSVG die KV und die PV sowie die UV der im Inland in der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen und ihrer mittätigen Angehörigen, sowie die KV der Bezieher einer Pension (Übergangspension) aus der PV nach diesem Bundesgesetz. Damit ist im **BSVG** die **UV im Materiengesetz** selbst geregelt (s dazu § 1 ASVG Rz 9, 17). **7**

Umfang des Leistungsrechtes der Pensionsversicherung

§ 1 a. (1) Auf Personen, die erstmals nach dem 31. Dezember 2004 in der Pensionsversicherung nach diesem oder einem anderen Bundesgesetz pflichtversichert sind, ist Abschnitt III des Zweiten Teiles nur so weit anzuwenden, als das Allgemeine Pensionsgesetz (APG), BGBl. I Nr. 142/2004, nichts anderes bestimmt.

(2) Auf Personen, die nach dem 31. Dezember 1954 geboren sind und bis zum Ablauf des 31. Dezember 2004 mindestens einen Versicherungsmonat nach diesem oder einem anderen Bundesgesetz erworben haben, sind die Bestimmungen des Abschnittes III des Zweiten Teiles und des Abschnittes II des Fünften Teiles nur so weit anzuwenden, als das APG nichts anderes bestimmt.

IdF BGBl I 2004/142.

Parallelbestimmung: § 1 a BSVG.

Literatur: Götz-Tiefenbacher, Der Weg zum Pensionskonto NEU – ein Systembruch mit Zukunft, SozSi 2014, 508; Gründler, Pensionsrechtssplitter, SozSi 2010, 202; Steiger, Einführung in das Pensionsrecht 2011, taxlex 2011, 197.

Übersicht

	Rz
I. Verhältnis zur Parallelbestimmung des § 1 a BSVG	1
II. Entstehungsgeschichte	2
III. Verhältnis zum APG	3
IV. Zuordnung zum Anwendungsbereich nach Personengruppe	4
A. „Neufälle“ – Beginn der Versicherung ab 1. 1. 2005	4
B. „Übergangsfälle“ – Personen geboren ab 1. 1. 1955 mit Versicherungsmonat(en) vor 1. 1. 2005	5
C. „Altfälle“ – Personen geboren vor 1. 1. 1955	8

I. Verhältnis zur Parallelbestimmung des § 1 a BSVG

Die hier gemeinsam kommentierten Parallelbestimmungen § 1 a GSVG und § 1 a BSVG sind wort- und inhaltsgleich. Aufgabe der beiden durch das PensHarmG 2004 geschaffenen Nor- **1**

men ist, die Beziehung zwischen den maßgebenden Bestimmungen des GSVG bzw BSVG sowie des APG zu regeln.¹

II. Entstehungsgeschichte

- 2 Durch Erlassung des **PensHarmG 2004** im Rahmen der Pensionsharmonisierungsreform 2003 erfuhr der leistungsrechtliche Teil der PV eine signifikante Modifizierung. Die übergeordnete Intention der Harmonisierung war, ein einheitliches und transparentes Pensionsrechtssystem für alle Erwerbstätigen in Österreich zu schaffen.² Während für das Leistungsrecht der PV bis zur Reform ausschließlich die Normen des GSVG oder BSVG (sowie des ASVG, FSVG) von Relevanz waren, traten mit 1. 1. 2005 jene des APG hinzu.

III. Verhältnis zum APG

- 3 Nach dem in § 1 APG determinierten sachlichen sowie örtlichen **Geltungsbereich** des APG regelt dieses nur bestimmte Bereiche des Leistungsrechts der PV für alle in der PV nach dem GSVG, BSVG, ASVG und FSVG versicherten Personen, nämlich Leistungen aus dem Versicherungsfall des Alters, die Höhe der Invaliditäts-, Berufsunfähigkeits- und Erwerbsunfähigkeitspension, das Ausmaß der Hinterbliebenenpension (einschließlich der Abfindung) sowie das Pensionskonto. Auch fallen Personen, die vor dem 1. 1. 1955 geboren sind, mit Ausnahme vereinzelter Bestimmungen bezüglich der Korridor- und Schwerarbeiterpension (§ 4 Abs 2 und 3, § 7 Z 3 und § 9 APG), nicht unter den persönlichen Geltungsbereich des APG.³ Nach § 1 Abs 2 APG sind die Bestimmungen des GSVG bzw BSVG nur anzuwenden, sofern im APG nichts anderes bestimmt wird. Folglich tritt das APG gegenüber den älteren Bestimmungen des GSVG bzw BSVG als *lex specialis* auf.⁴ Der **subsidiäre Anwendungsbereich** des GSVG bzw BSVG manifestiert sich darüber hinaus auch in der Formulierung der Parallelbestimmungen. So wird in § 1a Abs 1 und 2 GSVG sowie § 1a Abs 1 und 2 BSVG ausdrücklich angeordnet, dass die Bestimmungen über die Leistungen aus der PV (Zweiter Teil Abschnitt III) sowie die Schlussbestimmungen (Fünfter Teil Abschnitt II) des GSVG bzw BSVG nur insofern zur Anwendung gelangen, als das APG nichts anderes bestimmt.⁵

IV. Zuordnung zum Anwendungsbereich nach Personengruppe

A. „Neufälle“ – Beginn der Versicherung ab 1. 1. 2005

- 4 Personen, die ab dem 1. 1. 2005 erstmals in ein gesetzliches Pflichtversicherungsverhältnis in der PV eingetreten sind oder erstmals ein freiwilliges Versicherungsverhältnis begründet haben, fallen unter den **Vollanwendungsbereich des APG**. Für sie gelangen die leistungsrechtlichen Normen der PV (§§ 111 bis 156a GSVG bzw §§ 102 bis 147a BSVG), sofern das APG nichts Abweichendes bestimmt, gem § 1a Abs 1 GSVG bzw § 1a Abs 1 BSVG nur mehr **subsidiär** zur Anwendung.⁶

¹ So auch *Götz-Tiefenbacher*, *SozSi* 2014, 508.

² ErläutRV 653 BlgNR 22. GP 2.

³ ErläutRV 635 BlgNR 22. GP 6.

⁴ *Gründler*, *SozSi* 2010, 202 (202f); *Rainer/Pöltner* in *SV-Komm* § 1 APG Rz 58 (Stand 1. 12. 2021, rdb.at).

⁵ ErläutRV 635 BlgNR 22. GP 6; vgl auch *Auer-Mayer* in *Neumann*, *GSVG für Steuerberater*³ § 1a GSVG Rz 2f; *Rainer/Pöltner* in *SV-Komm* § 1 APG Rz 58f (Stand 1. 12. 2021, rdb.at); *Rainer/Pöltner* in *SV-Komm* § 16 APG Rz 2 (Stand 1. 12. 2021, rdb.at); *Sonntag* in *Sonntag*, *GSVG/SVSG*¹² § 1a GSVG Rz 1; s zum BSVG *Radner/Gahleitner*, *Bauernsozialversicherung*³ § 1a BSVG Anm 1 (1. Erg-Lfg – 2018).

⁶ Vgl ErläutRV 635 BlgNR 22. GP 15.

B. „Übergangsfälle“ – Personen geboren ab 1. 1. 1955 mit Versicherungsmonat(en) vor 1. 1. 2005

Personen, die ab dem 1. 1. 1955 geboren sind und vor 1. 1. 2005 zumindest ein Versicherungsmonat nach dem GSVG bzw BSVG oder einem anderen Bundesgesetz erworben haben, fallen grds in den Vollarwendungsbereich des APG. Für sie gelangen die leistungsrechtlichen Normen der PV (§§ 111 bis 156a GSVG bzw §§ 102 bis 147a BSVG) sowie die Schlussbestimmungen (§§ 346 bis 393 GSVG bzw §§ 235 bis 387 BSVG) gem § 1a Abs 2 GSVG bzw § 1a Abs 2 BSVG nur subsidiär zur Anwendung, sofern das APG nicht Abweichendes bestimmt.⁷ **5**

Bis zum 1. 1. 2014 unterlag dieser Personenkreis bezüglich der Bemessung der Pensionsleistung nur dem Teilanwendungsbereich des APG, weshalb man in diesem Zusammenhang auch von der Gruppe der sog „Übergangsfälle“ sprach. Auf die Übergangsfälle fanden sowohl die relevanten Bestimmungen des GSVG bzw BSVG (Altrecht – für erworbene Versicherungszeiten bis zum 31. 12. 2004), sowie die des APG (Neurecht – für ab dem 1. 1. 2005 erworbene Versicherungszeiten), Anwendung. Der Pensionsanspruch dieser Personengruppe wurde bis zum 31. 12. 2013 anhand der in § 15 APG (idF BGBl I 2004/142) angeordneten **Parallelrechnung** ermittelt.⁸ **6** Durch das 2. Stabilitätsg 2012 sowie das SVÄG 2013 wurde § 15 APG dahingehend modifiziert, dass allen „Übergangsfällen“ zum 31. 12. 2013 eine Kontogutschrift (mittels Parallelrechnung ermittelte fiktive Jahrespension) auf ihr Pensionskonto eingetragen wurde und sich seither die Pensionsleistung primär nach den Bestimmungen des APG bemisst.⁹

Allerdings enthält § 16 Abs 3 APG eine **Günstigkeitsbestimmung** für die Inanspruchnahme der Alterspension durch „Übergangsfälle“. Für Personen, die ab dem 1. 1. 1955 geboren sind und somit bereits in den persönlichen Anwendungsbereich des APG fallen, aber zumindest einen Versicherungsmonat vor dem 1. 1. 2005 nach dem ASVG, GSVG, FSVG oder BSVG erworben haben, steht eine unbegrenzt weitergeltende Möglichkeit der Inanspruchnahme von Pensionsarten nach dem Altrecht offen. Für die Ermittlung der Voraussetzungen eines Leistungsanspruchs aus dem Versicherungsfall des Alters gelten demnach – sofern für die versicherte Person günstiger – auch die Bestimmungen des ASVG, GSVG, FSVG und BSVG.¹⁰ **7**

C. „Altfälle“ – Personen geboren vor 1. 1. 1955

Gem § 1 Abs 3 APG finden die Bestimmungen des APG, mit Ausnahme der iZm der Korridor- und Schwerarbeitspension stehenden Regelungen (§ 4 Abs 2 und 3, § 7 Z 3 und § 9 APG), auf Personen, die **vor dem 1. 1. 1955** geboren wurden, keine Anwendung. Das Leistungsrecht der PV dieses Personenkreises richtet sich (bis auf die genannten Ausnahmen) **ausschließlich** nach den Bestimmungen des **GSVG bzw BSVG**, und zwar selbst dann, wenn diese Personen erstmals ab dem 1. 1. 2005 Versicherungszeiten erwerben.¹¹ **8**

Sprachliche Gleichbehandlung

§ 1b. Soweit im folgenden personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der An-

⁷ So auch Auer-Mayer in Neumann, GSVG für Steuerberater³ § 1a GSVG Rz 4; R. Müller in SV-Komm § 2a ASVG Rz 4ff (Stand 1. 10. 2023, rdb.at); Rainer/Pöltner in SV-Komm § 1 APG Rz 15ff (Stand 1. 12. 2021, rdb.at); Sonntag in Sonntag, GSVG/SVSG¹² § 1a GSVG Rz 5.

⁸ Vgl ErläutRV 635 BlgNR 22. GP 14.

⁹ Gründler, SozSi 2010, 202 (212f).

¹⁰ Vgl auch Auer-Mayer in Neumann, GSVG für Steuerberater³ § 1a GSVG Rz 4; Rainer/Pöltner in SV-Komm § 16 APG Rz 2, 4ff (Stand 1. 12. 2021, rdb.at).

¹¹ ErläutRV 635 BlgNR 22. GP 6.

wendung auf bestimmte Personen ist die jeweils geschlechtsspezifische Form zu verwenden.

IdF BGBl I 2004/142.

Parallelbestimmung: § 1 b BSVG.

Übersicht

	Rz
I. Verhältnis zur Parallelbestimmung des § 1 b BSVG	1
II. Entstehungsgeschichte	2
III. Geschlechter nach § 1 b GSVG bzw BSVG	4

I. Verhältnis zur Parallelbestimmung des § 1 b BSVG

- Die hier gemeinsam kommentierten Parallelbestimmungen § 1 b GSVG und § 1 b BSVG sind wort- und inhaltsgleich. Aufgabe der beiden inhaltlich identischen Regelungen ist es, die **sprachliche Gleichbehandlung** zu regeln.

II. Entstehungsgeschichte

- Mit der 20. GSVGNov (BGBl 1994/21) wurde die Bestimmung mit einem In-Kraft-Treten zum 1. 1. 1994 – ursprünglich als § 1 a GSVG – neu in das GSVG aufgenommen. Mit der 19. BSVGNov (BGBl 1994/22) wurde die Bestimmung zeitgleich in das BSVG eingeführt. Die Erläuterungen¹ nehmen keinen ausdrücklichen Bezug auf die Einführung der Bestimmung.
- Durch Erlassung des PensHarmG 2004 im Rahmen der Pensionsharmonisierungsreform 2003 wurden die Bestimmungen im GSVG und BSVG jeweils unnummeriert (von § 1 a GSVG bzw § 1 a BSVG auf § 1 b GSVG bzw § 1 b BSVG). Dies war bis dato auch die letzte Änderung dieser Bestimmungen.

III. Geschlechter nach § 1 b GSVG bzw BSVG

- Mit der Entscheidung des VfGH vom 15. 6. 2018² sprach das Höchstgericht iZm dem Personenstandsregister aus, dass ein **Recht** intersexueller Menschen auf eine ihrer **Geschlechtlichkeit entsprechende Eintragung** im Personenstandsregister oder in Urkunden besteht. Art 8 EMRK schütze auch die geschlechtliche Identität. Der erste Satz der Regelung des § 1 b GSVG bzw § 1 b BSVG, nämlich (nur) die männliche Form einer personenbezogenen Bezeichnung auf Männer und Frauen in gleicher Weise zu beziehen, erscheint vor diesem Hintergrund problematisch.
- § 1 b Satz 2 GSVG bzw § 1 b Satz 2 BSVG regelt, dass bei der Anwendung der personenbezogenen Bezeichnung auf bestimmte Personen jeweils die geschlechtsspezifische Form zu verwenden ist. Dies bedeutet, dass Frau X, die zB eine der in der SVS vorgesehene Funktion ausübt, konkret als Frau Vorsitzende X, Frau Direktorin X etc zu bezeichnen ist (und nicht als Vorsitzender, Direktor etc).

Umsetzung von Unionsrecht

§ 1 c. Durch dieses Bundesgesetz werden umgesetzt:

1. die Richtlinie 89/105/EWG betreffend die Transparenz von Maßnahmen zur Regelung der Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung in die staatlichen Krankenversicherungssysteme, ABl. Nr. L 40 vom 11. 02. 1989 S. 8;

¹ ErläutRV 1379 BlgNR 18. GP.

² VfGH 15. 6. 2018, G 77/2018-9.

2. die Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, ABl. Nr. L 255 vom 30. 09. 2005 S. 22, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU, ABl. Nr. L 354 vom 28. 12. 2013 S. 132;
3. die Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, ABl. Nr. L 88 vom 04. 04. 2011 S. 45;
4. die Richtlinie 2010/41/EU zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, und zur Aufhebung der Richtlinie 86/613/EWG, ABl. Nr. L 180 vom 15. 07. 2010 S. 1;
5. die anderen im § 3b ASVG genannten Richtlinien, sofern sie auch auf den Geltungsbereich dieses Bundesgesetzes anwendbar sind.

IdF BGBl I 2020/158.

Parallelbestimmung: § 1c BSVG.

Übersicht

I. Verhältnis zur Parallelbestimmung des § 1c BSVG	Rz 1
II. Entstehungsgeschichte und Bedeutung	2

I. Verhältnis zur Parallelbestimmung des § 1c BSVG

Die hier gemeinsam kommentierten Parallelbestimmungen § 1c GSVG und § 1c BSVG sind wort- und inhaltsgleich. Aufgabe der beiden Normen ist, die **Umsetzung von Unionsrecht** (Richtlinien) darzustellen. **1**

II. Entstehungsgeschichte und Bedeutung

Mit BGBl I 2014/32 wurden die Bestimmungen erstmalig eingeführt. Unmittelbarer Anlass war die Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (Patientenmobilitäts-RL). Seither folgten Novellen mit dem SRÄG 2015 und dem 2. SVÄG 2020. **2**

Die Regelung gibt einen **Überblick** über die innerstaatlich umgesetzten RL, wie zB die RL 89/105/EWG, RL 2005/36/EG, RL 2011/24/EU sowie weitere RL, die allerdings innerstaatlich nicht mehr gesondert umzusetzen waren, weil die innerstaatlichen Regelungen ohnehin den RL entsprochen haben (dabei handelte es sich vor allem um verschiedene Gleichbehandlungsverpflichtungen im Bereich der sozialen Sicherheit). **3**

ABSCHNITT II

Umfang der Versicherung

1. Unterabschnitt

Pflichtversicherung

Pflichtversicherung in der Krankenversicherung und in der Pensionsversicherung

§ 2. (1) Auf Grund dieses Bundesgesetzes sind, soweit es sich um natürliche Personen handelt, in der Krankenversicherung und in der Pensionsversicherung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen pflichtversichert:

1. die Mitglieder der Kammern der gewerblichen Wirtschaft;
 2. die Gesellschafter/Gesellschafterinnen einer offenen Gesellschaft und die unbeschränkt haftenden Gesellschafter/Gesellschafterinnen einer Kommanditgesellschaft, sofern diese Gesellschaften Mitglieder einer der in Z 1 bezeichneten Kammern sind;
 3. die zu Geschäftsführern bestellten Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, sofern diese Gesellschaft Mitglied einer der in Z 1 bezeichneten Kammern ist und diese Personen nicht bereits aufgrund ihrer Beschäftigung (§ 4 Abs. 1 Z 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 2 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes) als Geschäftsführer der Teilversicherung in der Unfallversicherung oder der Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz unterliegen oder aufgrund dieser Pflichtversicherung Anspruch auf Kranken- oder Wochengeld aus der Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz haben, auch wenn dieser Anspruch ruht, oder auf Rechnung eines Versicherungsträgers Anstaltspflege erhalten oder in einem Kurheim oder in einer Sonderkrankenanstalt untergebracht sind oder Anspruch auf Ersatz der Pflegegebühren gemäß § 131 oder § 150 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes einem Versicherungsträger gegenüber haben;
 4. selbständig erwerbstätige Personen, die auf Grund einer betrieblichen Tätigkeit Einkünfte im Sinne der §§ 22 Z 1 bis 3 und 5 und (oder) 23 des Einkommensteuergesetzes 1988 (EStG 1988), BGBl. Nr. 400, erzielen, wenn auf Grund dieser betrieblichen Tätigkeit nicht bereits Pflichtversicherung nach diesem Bundesgesetz oder einem anderen Bundesgesetz in dem (den) entsprechenden Versicherungszweig(en) eingetreten ist. Solange ein rechtskräftiger Einkommensteuerbescheid oder ein sonstiger maßgeblicher Einkommensnachweis nicht vorliegt, ist die Pflichtversicherung nur dann festzustellen, wenn der Versicherte erklärt, daß seine Einkünfte aus sämtlichen der Pflichtversicherung nach diesem Bundesgesetz unterliegenden Tätigkeiten im Kalenderjahr die Versicherungsgrenze übersteigen werden. In allen anderen Fällen ist der Eintritt der Pflichtversicherung erst nach Vorliegen des rechtskräftigen Einkommensteuerbescheides oder eines sonstigen maßgeblichen Einkommensnachweises im nachhinein festzustellen.
- (2) Die Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung besteht für die im Abs. 1 genannten Personen nur, wenn sie das 15. Lebensjahr vollendet haben.
- (3) Üben die Pflichtversicherten eine Erwerbstätigkeit durch
- a) den Verschleiß von Zeitungen und Zeitschriften,
 - b) den Verschleiß von Postwertzeichen, Stempelmarken und Gerichtskostenmarken,
 - c) den Verschleiß von Fahrscheinen öffentlicher Verkehrseinrichtungen,
 - d) den Vertrieb von Spielanteilen der Lotterien oder durch
 - e) den Betrieb von Lotto-Toto-Annahmestellen
- aus, so erstreckt sich ihre Pflichtversicherung in der Kranken- und Pensionsversicherung auf jede dieser Tätigkeiten.

IdF BGBl I 2015/162.

Literatur: *Auer-Mayer*, Die Grenze zwischen selbständiger und unselbständiger Tätigkeit aus sozialversicherungsrechtlicher Sicht, ZAS 2015/2, 4; *Auer-Mayer*, Abgrenzung Werkvertrag-Dienstvertrag-freier Dienstvertrag aus sozialversicherungsrechtlicher Sicht – Die wissenschaftliche Perspektive, ZAS 2016/23, 126; *Bertuch/Bertuch*, Der freie Dienstvertrag² (2020); *Blasina*, Dienstnehmer, Freier Dienstnehmer, Selbständiger² (2008); *Brameshuber*, Nebenberufliche notärztliche Tätigkeit – (bedenkliche) FSVG-Pflichtversicherung, in *Aschauer/Brameshuber* (Hrsg), Jahrbuch Sozialversicherungsrecht 2016 (2016) 59; *Brameshuber*, Freie Dienstnehmer: Abgrenzung GSVG – ASVG, ZAS 2017, 58; *Brameshuber*, Mehr-

fachversicherung – oder warum Recht manchmal „lästig“ sein muss, *SozSi* 2019, 99; *Brameshuber*, Sozialversicherung, in *Bergmann/Kalss* (Hrsg), *Rechtsformwahl* (2020) 1029; *Brameshuber/Kalss/Maier/Schnittler*, Vorstand, Geschäftsführung und Elternschaft, *ZAS* 2023/51, 267; *Brameshuber/Ludvik*, Sozialrechtlicher Missbrauch, in *Bergmann/Kalss* (Hrsg), *Rechtsformwahl* (2020) 189; *Deichsel/Knesl/Knesl*, Ausgewählte Themenbereiche des EStR-WE 2023 im Kontext dargestellt – Teil 1, *ÖStZ* 2023/248, 224; *Drs*, Forschungsstipendium – Sozialversicherungspflicht nach GSVG? *RdW* 2004/273, 285; *Felten in Rummel/Lukas/Geroldinger* (Hrsg), *ABGB*⁴ (2022) § 1151 ABGB; *Freudhofmeier/Höfle*, Sozialversicherung kompakt 2021 (2021); *Gaisbauer*, Die gewerberechtliche Zuverlässigkeit, *ÖZW* 1993, 78; *Hainz*, Sozialversicherungsrecht für Kunstschaffende, *GRAU* 2023/35, 98; *Hartlieb/Zollner in Rummel/Lukas/Geroldinger* (Hrsg), *ABGB*⁴ (2022) § 1002 ABGB; *Haubeneder*, Die Besteuerung von Stipendien für freiberufliche Tätigkeiten, *BBl* 2019 H 3, 2; *Höfle*, Ausschluß von GmbH-Geschäftsführern von der GSVG-Pflichtversicherung, *ASoK* 1999, 263; *Höfle*, Sozialversicherung für Freiberufler – Teil III: Mitglied im Vorstand und Aufsichtsrat, *ASoK* 1999, 236; *Höfle*, Sozialversicherungsrechtliche Behandlung des Gewerbescheins, *ASoK* 2007, 234; *Höfle/Sedlacek*, Die Pflichtversicherung/Versicherungspflicht in der Pensions- und Krankenversicherung der Gesellschafter von den Kammern der Freien Berufe angehörenden Personengesellschaften, in *GedS Bruckner* (2013) 607; *Höfle/Sedlacek*, Die steuer- und sozialversicherungsrechtliche Zuordnung der von einer GmbH & Co KG an ihre Geschäftsführer und Kommanditisten gewährten Tätigkeitsvergütungen, in *GedS Arnold*² (2016) 445; *Karl/Marhold*, Die Sozialversicherungspflicht von Stipendiaten – Sind Stipendiaten als Dienstnehmer, freie Dienstnehmer oder neue Selbständige zu qualifizieren? *ASoK* 1999, 210; *Kneihs*, Verfassungsfragen der Zusammenlegung von Trägern der Krankenversicherung, in *Festband Mosler und Pfeil* (2019) 17; *Krejci*, Das Sozialversicherungsverhältnis (1977); *Krejci/Böhler in Rummel/Lukas/Geroldinger* (Hrsg), *ABGB*⁴ (2022) § 1166 ABGB; *Lenger/Neuper/Schury*, Spannungsfeld Abgabenrecht und Forschungsstipendien, *N@HZ* 2020, 5; *Löschnigg*, Der Arbeitsvertrag – Abgrenzung, Kombination und Mehrfachabschluss, in *Resch* (Hrsg), *Abhängiger Arbeitsvertrag versus Selbständigkeit – Abgrenzungsfragen aus dem Arbeits- Sozialversicherungs- und Steuerrecht* (2006) 17; *Mitterer/Koll*, Gesellschafterstellung und Bezug einer Alterspension – Problemstellungen im Lichte der Rechtsprechung von OGH und VwGH, in *GedS Bruckner* (2013) 583; *Mitterer/Koll*, Sozialversicherungspflicht der Kommanditisten, *ASoK* 2013, 191 (198); *Mitterer/Koll*, Jüngste Rechtsprechung zur Sozialversicherungspflicht der Kommanditisten, *ASoK* 2015, 328; *Mosler/Glück*, Einbeziehung aller Erwerbseinkommen in die Sozialversicherung – Ausgewählte Probleme der Neuregelung Teil 1, *RdW* 1998, 78; *Müller*, Dienstvertrag oder Werkvertrag? – Überblick über die Rspr des VwGH zu § 4 ASVG, *DRdA* 2010, 367; *Neumann/Lexer*, Ändert sich die sozialversicherungsrechtliche Zuordnung der Kommanditisten? in *Brameshuber/Blasch* (Hrsg), *Jahrbuch* 2022 (2022), 213; *Neumann/Taudes*, Rechtssicherheit für Selbständige? *ASoK* 2017, 282; *Parapatits in Kletečka/Schauer* (Hrsg), *ABGB-ON*^{1,03} § 272 ABGB (Stand 1. 8. 2019, rdb.at); *R. Wallner*, Besteht tatsächlich eine Bindung der SVA der gewerblichen Wirtschaft an die Einkünftequalifikation laut Steuerbescheid? *FJ* 2011, 203; *R. Winkler*, Die Gewerbeanmeldung nach der Gewerbeordnungsnovelle 2002 und dem Öffnungszeitengesetz 2003, *wbl* 2004, 313; *Ratka/Stöger/Straube/Völkl in Straube/Ratka/Rauter* (Hrsg), *Wiener Kommentar zum GmbH-Gesetz* (2020) § 15 GmbHG; *Rauter in Rummel/Lukas*, *ABGB*⁴ (2019) § 1175 ABGB; *Rebhahn in Neumayr/Reissner* (Hrsg), *Zeller Kommentar zum Arbeitsrecht*³ § 1151 ABGB; *Resch*, Sozialversicherungspflicht für freie Dienstverträge, *DRdA* 2000, 15; *Runggaldier*, Probleme der Einführung einer alle Erwerbseinkommen umfassenden Sozialversicherungspflicht, *ÖJZ* 1998, 494; *Schrank*, Ausgewählte Rechts- und Praxisfragen zur neuen GSVG-„Werkvertragsregelung“, *ASoK* 1997, 374; *Sedlacek*, Geschäftsführer müssen nicht zwingend ein lohnsteuerpflichtiges Dienstverhältnis (samt Lohnnebenabgaben und ASVG-Pflicht) haben, *SWK* 13/2007, 452; *Sedlacek*, Die Auslegung des Merkmals „Weisungs(un)gebundenheit“ durch den VwGH, *SWK* 32/2015, 1457; *Sedlacek*, Der Einfluss des Berufs- und Steuerrechts auf das Sozialversicherungsverhältnis von Rechtsanwälten unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsanwaltsgesellschaften, in *Brameshuber/Aschauer* (Hrsg), *Jahrbuch Sozialversicherungsrecht* 2017 (2017) 197; *Sedlacek*, Nicht wesentlich beteiligte GmbH-Geschäftsführer: VwGH-Judikatur schafft weitgehende Rechtssicherheit, *SWK* 22/2018, 959; *Shubshizky*, Doktorandenstipendium stellt keine betrieblichen Einkünfte dar, *ASoK* 2015, 117; *Shubshizky*, Unbedingte Wirkung der Überschreitungserklärung eines neuen Selbständigen, *ASoK* 2020, 354; *Steiger*, Mitspracherecht für die laufende Geschäftsführung führt bei einem Kommanditisten nicht zwangsläufig zu einer Pflichtversicherung nach § 2 Abs 1 Z 4 GSVG, *taxlex* 2023/79, 356; *Strasser*, Abhängiger Arbeitsvertrag oder freier Dienstvertrag, *DRdA* 1992, 93; *Taucher*, Anbindung der Versicherungspflicht der „neuen Selbständigen“ an den Ausweis der Einkünfte im Einkommensteuerbescheid, *ASoK* 2007, 384; *Taucher*, Anbindung der Beitragspflicht der „neuen Selbständigen“ an den Ausweis der Einkünfte im Einkommensteuerbescheid,

ASoK 2007, 412; *Taudes*, Rechtssicherheit für Selbständige, ZAS 2018/24; *Taudes*, Die Auswirkungen des Sozialversicherungs-ZuordnungsG, ZAS 2021/30, 164; *Tomandl*, Sozialversicherung 2000 – freie Dienstnehmer und „neue Selbständige“ (1999); *Tomandl*, Freie Dienstnehmer: Abgrenzung GSVG – ASVG, ZAS 2006, 248; *Tomandl*, Die Rechtsprechung des VwGH zum Dienstnehmerbegriff, ZAS 2016/46, 260; *Wachter*, Anmerkung zu OGH 16. 3. 1982, 4 Ob 8/81, DRdA 1985, 395; *Wanke* in *Wiesner/Grabner/Knechtel/Wanke* (Hrsg), Einkommensteuergesetz § 22 (Stand 1. 8. 2023, rdb.at).

Übersicht

	Rz
I. Einleitende Bemerkungen	1
II. Relevante Vertragstypen – Überblick	10
A. Allgemeines	10
B. Werkvertrag	16
C. Freier Dienstvertrag	19
III. Mitglieder der WK	21
IV. Gesellschafter einer OG und Komplementäre einer KG	36
V. Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH	41
A. Geschäftsführereigenschaft	41
B. Subsidiarität	46
1. Keine Teilversicherung in der UV, Pflichtversicherung in der PV oder Anspruch auf Kranken- oder Wochengeld aus der KV nach dem ASVG	46
2. Maßgeblichkeit der steuerlichen Zuordnung der Einkünfte (wesentliche/nicht wesentliche Beteiligung an der GmbH)	52
VI. Neue Selbständige	61
A. Überblick	61
B. Subsidiarität	64
C. Abgrenzung freier dienstnehmerähnlicher und unternehmerischer Dienstvertrag	67
D. Tatbestandsvoraussetzungen	75
1. Selbständige Erwerbstätigkeit	75
a) Allgemeines	75
b) Gesellschafter	79
2. Betriebliche Tätigkeit	84
3. Einkünfte iSd § 22 Abs 1 Z 1 bis 3 und 5 und (oder) § 23 EStG	91
a) Anknüpfung an die steuerliche Einkunftsart	91
b) Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§ 22 Abs 1 Z 1 bis 3 und 5 EStG)	94
c) Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§ 23 EStG)	98
E. Versicherungsgrenze	100
F. Versicherungserklärung	104
G. Unionsrecht – VO 883/2004	112
H. Spezielle Zuordnungsfragen	117
1. Kommanditisten	117
a) Allgemeines	117
b) Merkmale einer selbständigen Erwerbstätigkeit iSd § 2 Abs 1 Z 4 GSVG	120
aa) Einbringung von Dienstleistungen in die Gesellschaft	120
bb) Wahrnehmung typischer unternehmerischer Aufgaben, insb Mitwirkung im gewöhnlichen Geschäftsbetrieb	122
cc) Übernahme von Unternehmerrisiko	130
c) Kommanditisten einer GmbH & Co KG	132
2. Stille Gesellschafter	135
3. Kunstschaffende	139
VII. Vergleich mit der Rechtslage nach dem BSVG	142